

375/J

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Umwelt und Familie

betreffend Export gefährlichen Abfalls nach Rußland

In der Stadt Pushchino, 100 km südlich von Moskau, ist eine Industriemüllverbrennungsanlage geplant. Von seiten der deutschen Bürgerinitiative "Hilfe für Osteuropa" wurde uns mitgeteilt, daß eine österreichische Firma, und zwar die FMW-Förderanlagen und Maschinenbau AG, 1050 Wien als Anlagenbauer oder -betreiber fungiert. Es wird behauptet, daß in dieser Anlage auch gefährlicher Abfall aus Österreich verbrannt werden soll. Da es sich um einen Mülltransport über mehr als 2000 km handeln würde, könnte eine solche Vorgangsweise nur ökonomisch sein, wenn die Anlage in Rußland eine Billigvariante ist und weit unter den Umweltschutzstandards errichtet und betrieben würde. Da sich das Umweltministerium bei vielen Veranstaltungen prinzipiell gegen den Müllexport ausgesprochen hat, nach EU-Recht die Entsorgung am nächstgelegenen Standort vorzunehmen ist und die Basler Konvention zu beachten ist, dürfte diesem allenfalls beabsichtigten Export kein Erfolg beschieden sein.

Greenpeace (International und Deutschland) hat über die FMW Förderanlagen und Maschinenbau AG recherchiert und anlässlich der 3. Vertragsstaatenkonferenz zum Basler Übereinkommen in Genf im September 1995 einen Bericht vorgelegt. Wir zitieren aus diesem Bericht: „Greenpeace ist nach Prüfung aller verfügbaren Unterlagen zu dem Schluß gelangt, daß FMW zum Aufbau von qualifizierten Sonderabfalltechnologien weder in Westeuropa noch sonst auf der Welt willens und in der Lage ist. . . . Greenpeace warnt alle Regierungen und Behörden vor dieser Firma und etlichen anderen, die nach dem gleichem Muster verfahren. . . . Greenpeace glaubt, daß es FMW allein darum geht, gefährliche Industrieabfälle nach dem Kassieren hoher Entsorgungsgebühren von den Verursacherindustrien aus Westeuropa in 'Zwischenlager' in (meist) Nicht-OECD-Ländern zu bringen und dort ohne weitere Behandlung oder Sicherung in den Empfängerländern zu belassen. "

In der Projektstudie der Betreiber (Project Study about the installation of a power plant, which ist fed with fuel from waste and will supply the city of PUSHCHINO MOSCOW in the region RUSSIA with electricity and district heating) wird die Anlage und der Standort eigentümlich begründet: "Target of the cooperation between the Western European industrial states and Russia is , on one hand to shorten the time for approval proceedings in Western Europe, and on the other hand to raise the financial funds for the installation of a modern waste incineration plant in Russia. "

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende ANFRAGE:

1. Welche in Österreich anfallenden Abfälle können derzeit exportiert werden, weil keine entsprechenden Behandlungskapazitäten lt. § 35 Abs 2 Zif 1 AWG im Inland vorliegen?
2. Welche Behandlungsarten gelten als "Rohstoffverwertung" im Ausland im Sinne des § 35 Abs 2 Zif 1 AWG?
3. a) Welche Konsequenzen sind aus einem Transportweg von 2000 km in der rechtlichen Beurteilung nach § 35 AWG zu ziehen?
b) Welche Verbringungsdistancen umfaßten die bisher vom Umweltministerium erteilten Exportgenehmigungen für gefährliche Abfälle maximal und

durchschnittlich?

c) Wurden Exportgenehmigungen nach Osteuropa bereits erteilt?

d) Hat die FMW-Förderanlagen und Maschinenbau AG, St. Johann-Gasse 1-5 , 1050 Wien schon einmal um Exportgenehmigungen nach § 35 AWG angesucht und welche Genehmigungen wurden erteilt?

4. a) Welche Informationen liegen dem Umweltministerium über die geplante Anlage in Pushchino und einen allfälligen Abfallexport nach Pushchino vor?

b) Liegen Genehmigungsanträge für den Abfallexport nach Rußland vor und welche?

c) Wie würde das Umweltministerium einen derartigen Antrag auf Export gefährlichen oder "ungefährlichen" Abfalls nach Rußland beurteilen, welche Erfolgsaussichten hätte er?

d) Ist dem Umweltministerium dieses Rußlandprojekt aus Gesprächen mit . Vertreter/inne/n der öffentlichen Unternehmen bekannt oder gibt es einschlägige Gespräche mit Ressorts , welche die Eigentümervertretung von Unternehmen des Bundes wahrnehmen?